Berlin, 17. Juni 2008 sö-wi



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Bundesvorstand

ver.di: Forderungen des Sachverständigenrates zerstören das Sparkassensystem

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) kritisiert das Gutachten des Sachverständigenrats für die Bundesregierung, in dem die Forderung nach einer Privatisierung von Sparkassen und Landesbanken aufgestellt wird. Die geforderte Umwandlung der Sparkassen in Aktiengesellschaften und eine Privatisierung der Landesbanken würden zu einer Zerstörung der wesentlichen Stabilisatoren des deutschen Finanzsystems führen, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied **Uwe Foullong**.

"Sparkassen stellen mit ihrem Regionalprinzip und ihrer öffentlichen Rechtsform sicher, dass Privatpersonen und Mittelstand einen flächendeckenden Zugang zu Finanzdienstleistungen haben", betonte Foullong. "Darüber hinaus leisten Sparkassen und Landesbanken einen entscheidenden Beitrag für Wachstum und Beschäftigung auch in strukturschwachen Regionen. Sie sichern den intensiven Wettbewerb im deutschen Bankenmarkt." Dieses bewährte System müsse aufrechterhalten werden. Dafür werde sich ver.di weiterhin stark machen.

Die Entwicklungen des Finanzsektors außerhalb Deutschlands zeigen, dass die Qualität und Stabilität in Ländern, in denen es keine Sparkassen gebe, deutlich schlechter seien. Ein Beispiel hierfür ist Großbritannien.

Für Rückfragen: Jörg Reinbrecht 030/6956-1624

PRESSEINFORMATION

V.i.S.d.P.: Harald Reutter

ver.di-Bundesvorstand Paula-Thiede-Ufer 10 10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011 und -1012

Fax: 030/6956-3001

e-mail pressestelle@verdi.de

25

5